



## Liebe Freundinnen und Freunde der sozialdemokratischen Kommunalpolitik,

„Um die ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträgerinnen und Mandatsträger zu unterstützen, wollen wir verstärkt in ihre Bildung und Weiterbildung investieren. Dies schließt die Regelfinanzierung kommunalpolitischer Bildungswerke analog zu den politischen Stiftungen ein, wie sie in anderen Bundesländern seit Jahren erfolgreich praktiziert wird.“ – so steht es im Koalitionsvertrag der Großen Koalition in Niedersachsen. Mit der Haushaltsverabschiedung im Dezember 2018 ist dieser Punkt des Koalitionsvertrages umgesetzt worden. Eine Million Euro wurde in den Haushalt des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur dafür eingestellt. Die administrative Abwicklung erfolgt über die Landeszentrale für politische Bildung. Bevor die vorhandenen kommunalpolitischen Bildungswerke in ihre konkrete Arbeit einsteigen können, müssen aber



Franz Einhaus

Foto: privat

zunächst die Richtlinien für diese Förderung erarbeitet werden. Das wird erfahrungsgemäß bis grob geschätzt Mitte des Jahres 2019 dauern. Parallel dazu wird die SGK Niedersachsen eine Konzeption auf die

Beine stellen, wie wir die Förderung im Rahmen der Richtlinien strategisch zielführend einsetzen werden. Liebe Freundinnen und Freunde, mit der jetzigen Förderung ist eine langjährige Forderung der SGK Niedersachsen endlich Realität geworden – allen, die sich dafür in den letzten Wochen der Haushaltsberatungen eingesetzt haben, dass die Förderung noch für 2019 in den Haushalt aufgenommen wird, sagen wir herzlichen Dank!

Freundlichst,  
Euer

Franz Einhaus

Landrat des Landkreises Peine  
SGK-Landesvorsitzender

## Helmut Hinrichs mit Bundesverdienstkreuz geehrt

Eine besondere Ehre wurde dem langjährigen SGK-Vorstandsmitglied Helmut Hinrichs (bis 2018 in der Schatzmeisterfunktion) zuteil: Für besondere Verdienste wurde ihm das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Der ehemalige Bürgermeister und Gemeindevizeur der Gemeinde Hatten und bis 2016 Kreistagsvorsitzender im Landkreis Oldenburg engagierte sich während und nach seiner hauptamtlichen Zeit nicht nur für die SGK Niedersachsen, sondern insbesondere auch für die Völkerverständigung in der Gesellschaft Deutschland-Russland/Dagestan und als stellvertretender Vorsitzender des Bundesverbandes Deutscher West-Ost-Gesellschaften. Die SGK Niedersachsen gratuliert herzlich.



Der geehrte Helmut Hinrichs (2. v. r.) und seine Ehefrau Hildburg, eingearhmt von Landrat Carsten Harings (rechts) und Hattens Bürgermeister Christian Pundt (links)

Foto: Werner Fadernrecht

### Inhalt

Nieber und Mende in den SGK-Bundesvorstand gewählt

Dr. Horst Baier will Landrat im Kreis Osnabrück werden

Kommunalparlamente zeigen AfD-Meldeportal rote Karte

Gefragt – Gesagt!

Wenn die Geburtshilfe schließt – Gesundheitsversorgung auf dem Land

„Meine Herren und Damen...“

Aus der Beratungspraxis der SGK

Angebote der SGK Niedersachsen für die politische Arbeit

Enquetekommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung nimmt Arbeit auf

### IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:  
SGK Niedersachsen e.V.,  
Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover

Redaktion: Dr. Manfred Pühl  
E-Mail: manfred.puehl@spd.de

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld



Aus den Reihen der niedersächsischen SGK wurde als stellvertretenden Bundesvorsitzende Silvia Nieber, stellvertretende Landesvorsitzende und Stader Bürgermeisterin, wiedergewählt. Foto: Stadt Stade



Benno Trütken, Bürgermeister der Samtgemeinde Fürstenau, bringt Ergänzungen zu einem Antrag ein.

## Nieber und Mende in den SGK-Bundesvorstand gewählt

SGK Niedersachsen ist viertgrößter Landesverband

Autor SGK Niedersachsen

Die SGK Niedersachsen war auf der Delegiertenversammlung der Bundes-SGK Ende November in Kassel mit 24 Delegierten stark vertreten. Auf Bundesebene ist die SGK Niedersachsen nach NRW, Hessen und Rheinland-Pfalz der viertgrößte Landesverband.



Für den ausgeschiedenen Heiger Scholz wurde Dirk-Ulrich Mende, stellvertretender SGK-Landesvorsitzender in Niedersachsen und Geschäftsführer des Niedersächsischen Städtetages, als neuer Beisitzer gewählt. Foto: privat



Die niedersächsische Delegation nahm in Kassel nicht nur konzentriert an der Antragsberatung teil, sondern hatte auch viel Spaß und pflegte einen regen Austausch innerhalb der kommunalen Familie. Das verabschiedete Antragspaket ist auf der Internetseite [www.bundes-sgk.de](http://www.bundes-sgk.de) nachzulesen.

Fotos (4): Theo Stracke



SGK-Landesvorstandsmitglied Renate Geuter, bis 2017 finanzpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion, wurde von den Delegierten zur Revisorin gewählt. Foto: privat



### PERSONALIEN

Nach der Bürgermeisterwahl in Winsen (Aller) bleibt Dirk Oelmann (SPD) weiterhin Bürgermeister. Herzlichen Glückwunsch!

**Wir begrüßen neue Mitglieder:**

**Einzelmitglieder**

Martin Grund, Einbeck

Monika Müller, Wolfsburg

Jan Henner Putzier, Uelzen

Christina Schlicker, Neustadt a.R.

**Fraktionen**

Samtgemeinde Harsefeld (Stade)

Stadt Hildesheim

# „Meine Herren und Damen ...“

1918 wurde in Deutschland das Frauenwahlrecht eingeführt und am 19. Februar 1919 hielt als erste Frau vor einem deutschen Parlament Marie Juchacz in der Weimarer Nationalversammlung ihre erste Rede. Sie begann mit den Worten: „Meine Herren und Damen...“

Von den 54 großen Gebietskörperschaften in Niedersachsen (Region Hannover, Landkreise, kreisfreie Städte und große selbstständige Städte) stehen als Hauptverwaltungsbeamte an deren Spitze nur zwei Frauen. Angela Schürzenberg ist seit 2011 Landrätin im Landkreis Holzminden und Christiana Steinbrügge seit 2013 Landrätin im Landkreis Wolfenbüttel. Die Redaktion der DEMO-Landesseite Niedersachsen sprach zu diesem Thema mit Landrätin Christiana Steinbrügge, die auch Mitglied im Landesvorstand der SGK Niedersachsen ist.

**Weibliche Hauptverwaltungsbeamte sind in Niedersachsen rar gesät. Was sind deines Erachtens die Gründe dafür oder provokant gefragt: Sind die Männer daran schuld oder haben die Frauen keine Lust auf so ein Amt?**

Frauen sind genauso interessiert und genauso engagiert wie Männer. Frauen wollen Einfluss nehmen, gestalten und etwas bewegen. Sie haben es aber oft schwerer in die Politik zu gehen, weil es als ein zeitintensives Ehrenamt beginnt. Neben dem Beruf aktiv Politik zu machen ist bereits zeitaufwendig. Da Frauen aber häufig immer noch den größeren Teil der Erziehungsarbeit auf sich nehmen, wird das Jonglieren von Beruf, Familie und Politik ein wahrer Kraftakt.

Ein weiterer Grund ist, dass Männer schon so lange Politik machen, dass sie die Spielregeln festgelegt haben. Viele Entscheidungen werden in informellen Runden getroffen, in Netzwerken, zu denen Frauen keinen selbstverständlichen Zugang haben. Nicht zu vergessen:

In männlich dominierten Gremien geht es oft erstmal darum zu klären, wie Status und Macht verteilt sind und dann um die Sache. Frauen tun sich mit dieser Form der Präsentation schwer.

**Was müsste sich deiner Meinung nach im Bereich Hauptverwaltungsbeamte in Niedersachsen ändern, damit mehr Frauen vertreten sind?**

Da gibt es keine einfachen Rezepte. Das muss man sozusagen „von unten“ angehen: Frauen für die Arbeit in politischen Gremien, in Räten und Kreistagen zu gewinnen, das ist die erste Aufgabe. Dann helfen Mentoringprogramme, in denen Frauen sich gegenseitig unterstützen und fördern, die Mut machen und über die sie Zugang zu wichtigen Netzwerken erhalten. Es geht also um gezielte Personalentwicklung und persönliche Ansprache.

**SGK Niedersachsen: Auch in den Räten und Kreistagen sind Frauen meist unterrepräsentiert. Wie ließe sich das ändern?**

Auch hier wäre Mentoring ein guter Ansatz. Außerdem sollte man etwas an der Arbeitsweise verändern. Viele Frauen fühlen sich mit den Versammlungs- und Kommunikationsstilen nicht wohl. Sie beklagen den Formalismus der Parteiversammlungen, aber auch manche Endlos-Diskussion in politischen Gremien und zuletzt die männlichen Formen der



Foto: Bildpixel/pixelio.de

## Vorgestellt: Landrätin Christiana Steinbrügge

Familienstand: verheiratet  
SPD-Mitglied seit 2008

Eckdaten der kommunal/politischen Laufbahn:

- Landrätin des Landkreises Wolfenbüttel seit dem 1. Oktober 2013
- Mitglied im Rat der Stadt Wolfenbüttel 2001 bis 2007
- Mitglied in Ortsvereinsvorständen am jeweiligen Wohnort
- Mitglied im Unterbezirksausschuss Braunschweig



Foto: privat

**Ich interessiere mich für Politik und engagiere mich in der Kommunalpolitik, weil...**

... ich gerne gemeinsam mit anderen gestalten, bewegen und verändern möchte im Sinne von nachhaltiger Entwicklung: heute nicht auf Kosten von morgen und hier nicht auf Kosten von anderswo.

**Ich bin Mitglied in der SGK, weil...**

... ich den Austausch und das Netzwerken schätze sowie die Interessenvertretung gegenüber dem Land wichtig finde.

**Ich lese gerade das Buch ...**

... „Sommerhaus am See: Fünf Familien und 100 Jahre deutscher Geschichte“ von Thomas Harding.

**Ich entspanne mich...**

... beim Doppelkopfspielen.

**Im Urlaub reise ich gerne nach...**

... Portugal.

Selbstpräsentation. Außerdem werden Frauen oft bestimmte Felder zugeschrieben, die den klassischen Rollenmustern entsprechen. Weibliche Themen sind dann eher Schule, Jugend und Soziales, während die Männer beispielsweise Wirtschafts- und Finanzthemen beanspruchen.

Frauen haben also auch weniger Auswahl bei „ihren“ Themen. Das sollte sich ändern.

Und es ist an der Zeit, um über Paritätsgesetze zu diskutieren. Auf Landesebene wird derzeit ein solches „Paritee-Gesetz“ nach französischem Vorbild diskutiert, das Frauen bei Kandidaturen paritätisch berücksichtigen soll. In Parteien, Verbänden und Wissenschaft werden derzeit weitere Vorschläge diskutiert. Für alle Vorschläge gilt: Sie müssen hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen genügen.

Ich halte diese Überlegungen für richtig und notwendig. Denn so wie es ist, kann es nicht weitergehen. Gute Politik braucht die Erfahrung, das Wissen und die Kompetenz von Frauen.



Johann Saathoff (r.) und Achim Post waren gefragte Interviewpartner bei der Klausurtagung.

Foto: SPD

## Gefragt – gesagt!

### Grundsteuerreform, Attraktivität von ehrenamtlicher Kommunalpolitik und gleichwertige Lebensverhältnisse im Fokus der Bundespolitik

Autor SGK Niedersachsen

Die niedersächsische Friedensstadt Osnabrück war Anfang Januar der Ort für eine Premiere: Erstmals führten die beiden Landesgruppen Niedersachsen/Bremen und Nordrhein Westfalen der SPD-Bundestagsfraktion gemeinsam eine Jahresauftaktklausur durch. Fast die gesamte Klausurtagung war presseöffentlich, auch das eine Premiere. Am Rande der Tagung hatte die Redaktion der DEMO-Landeseiten Niedersachsen die Gelegenheit, mit Bernhard Daldrup (kommunalpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion, Geschäftsführer der SGK Nordrhein Westfalen) und Johann Saathoff (Sprecher der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen, Bürgermeister a. D. der ostfriesischen Gemeinde Krummhörn) ein kommunalpolitisches Gespräch zu führen.

#### Was ist in 2019 die wichtigste Herausforderung auf der Bundesebene für den Bereich der Kommunen?

**Bernhard Daldrup:** Die wichtigste Herausforderung ist die durch das Verfassungsgerichtsurteil notwendige Reform der Grundsteuer. Sie muss in 2019 zwingend verabschiedet werden, ansonsten fällt

die Grundsteuer ersatzlos weg. Es stehen somit 14 Milliarden Euro jährliche Grundsteuereinnahmen für die Kommunen auf dem Spiel. Bei der Reform muss darauf geachtet werden, dass sie den Anforderungen des Verfassungsgerichts genügt. Das heißt, sie muss verfassungskonform und gerecht sein, sie muss administrierbar sein und das Aufkommen für die Kommunen sichern, außerdem muss sie das kommunale Hebesatzrecht sichern.

#### Es gibt eine Kommission gleichwertige Lebensverhältnisse auf Bundesebene, Mitte des Jahres sollen erste Vorschläge unterbreitet werden, der Endbericht soll 2020 erstellt werden. Was sind die wichtigsten Handlungsfelder?

**Bernhard Daldrup:** Die Kommission ist breit aufgestellt und umfasst sechs Handlungsfelder. Für die Kommunen sind drei Probleme zentral, für die es Lösungen geben muss:

1. Eine Lösung des Altschuldenproblems. Bei den Kassenkrediten betragen sie bundesweit gut 50 Milliarden Euro, die Hälfte davon in NRW.
2. Was kann bei den Sozialausgaben in der Finanzierung geändert wer-

den? Beispiel: Ist es dauerhaft richtig, dass die Kosten der Unterkunft in dem hohen Maße von den Kommunen getragen werden?

**3.** Wie kann die Investitionsfähigkeit in den Kommunen unterstützt werden? Der kommunale Investitionsstau beträgt bundesweit rund 150 Milliarden Euro. Dazu kommen natürlich noch weitere Fragen, die die Kommission lösen muss, wie die flächendeckende Kitaversorgung, Breitband und vieles mehr.

**Johann Saathoff:** Die Kommunen sind extrem unterschiedlich ausgestattet. Die Zeiten sind vorbei, dass wir sagen können, die eine Kommune hat Pech gehabt und die andere Glück. Wir werden genauer hingucken müssen, wie wir Kommunen in ihren individuellen Bedarfslagen zielgerichtet unterstützen können. Ich halte es mit dem Satz: All politics is local. Ein Bundestagsabgeordneter ist gut beraten, genau das auch immer im Hinterkopf zu haben. Man kann die schlauesten bundespolitischen Gesetze machen. Wenn man damit aber Kommunen in die missliche Lage versetzt, dass sie nicht mehr das tun können, was die Bürgerinnen und Bürger zu recht

von ihnen erwarten, kann man auch auf Bundesebene von den Bürgerinnen und Bürgern keine Zustimmung mehr erwarten.

Darüber hinaus müssen wir unsere Hausaufgaben machen was Breitband und was die allgemeine Infrastruktur wie Straßen etc. angeht. Eigentlich haben wir (die ländlichen Räume) die richtigen Standortfaktoren für die Berufe der Zukunft. Wenn wir jetzt noch die richtige Infrastruktur dazu hätten, sodass im Kreativbereich die Menschen auch bei uns adäquat arbeiten können, gibt es keinen Grund, in die Stadt wechseln zu wollen, sondern vielmehr einen Grund, im ländlichen Raum zu leben und zu arbeiten und so die Wertschöpfung vor Ort voranzubringen. Ganz nebenbei kann das auch den immer stärker werdenden Pendelverkehr in die Städte und die dort herrschende Wohnungsknappheit positiv beeinflussen.

Ein Punkt ist mir noch sehr wichtig: Die Energiewende findet im ländlichen Raum statt. Dieses Bewusstsein müssen wir stärker schärfen. Früher war es so, dass Energie in den Ballungszentren produziert wurde. Jetzt ist es so, dass immer mehr Energie dezentral produziert wird. Damit einhergehend sind natürlich Landschaftsbildveränderungen, aber damit einhergehend sind auch Wertschöpfungspotentiale. Wenn wir uns für eine konsequente Energiewende einsetzen, können wir damit mindestens mittelbar den ländlichen Raum auch wirtschaftspolitisch unterstützen.



Bernhard Daldrup

Foto: Susie Knoll



Johann Saathoff

Foto: Benno Kraehahn

**In 2019 finden 10 Kommunalwahlen statt. Ehrenamtliche (junge) Kandidierende, insbesondere Frauen, sind häufig rar. Gibt es Eurerseits Ideen?**

**Bernhard Daldrup:** Die Kernvoraussetzung für die Attraktivität von ehrenamtlicher Kommunalpolitik besteht darin, dass in den Kommunen wirklich wieder etwas, für die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen entschieden werden kann. Wenn die Hauptaufgabe eines Rates oder Kreistages nur darin besteht, freiwillige Leistungen zu kürzen, dann ist das für niemanden attraktiv.

Die Zeiten, die man für ehrenamtliche Kommunalpolitik aufwenden muss, sind gerade für Menschen, die sich in der Turbophase des Lebens befinden – mit Job, Familie etc. – abschreckend. Kommunalpolitik muss sich fragen: Wie kann sie freundlicher für Ehrenamtliche gestaltet werden und damit ein bisschen weniger freundlich für die Verwaltungsangestellten und -beamten. Freitagsmorgens tagen manche Kreistage – wie soll das eigentlich funktionieren, wenn man normaler Arbeitnehmer ist? Auch die geringere werdende Bereitschaft von

Arbeitgebern zur Freistellung für das Mandat ist ein Gesichtspunkt. Des Weiteren gehört die Anrechnung von Einkünften aus ehrenamtlicher Tätigkeit auf ALG II oder bei Frührenten meines Erachtens abgeschafft.

Wie gelingt es uns junge Menschen, insbesondere auch junge Frauen für Kommunalpolitik zu interessieren und zu motivieren? Die Altersdurchschnitte der Räte genau wie die Geschlechterzusammensetzung sind oft nicht mehr repräsentativ. Ein Aspekt: Kommunalpolitik in den Schulen findet kaum noch statt. Voraussetzung ist natürlich, dass die Lehrenden im Bereich Kommunalpolitik selber Kenntnisse haben. Die politische Bildung muss deutlich gestärkt werden.

**Johann Saathoff:** Während in den 80er Jahren Menschen von sich aus an Parteien und Organisationen herangetreten sind, um sich ehrenamtlich zu engagieren, muss man jetzt die Menschen aktiv ansprechen und direkt fragen. Auch die Vernetzung mit anderen uns nahestehenden Verbänden wie beispielsweise der AWO muss verbessert werden. Bei den dort Aktiven gibt es sicherlich Frauen und Männer, die auch für die Kommunalpolitik wertvoll wären. Man muss sie einfach nur mal ansprechen, da muss man ein bisschen mutiger werden. Ich rate jedem Ortsvereins- oder Unterbezirksvorsitzenden, eine Matrix zu erstellen mit aktiven Menschen in Vereinen oder Verbänden, die erstens vielleicht in die SPD eintreten würden und zweitens für die kommende Kommunalwahl zur Verfügung stehen könnten.



Auch der Ministerpräsident Stephan Weil war zu Gast auf der Klausurtagung.

Foto: SPD

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechts- extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“**

*Schirmherrin Ute Vogt*

Weitere Informationen im Netz:  
[www.bnr.de](http://www.bnr.de)

# Wenn die Geburtshilfe schließt – Gesundheitsversorgung auf dem Land

Die SPD setzt sich für gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land und in der Stadt ein.  
Dazu gehört auch die wohnortnahe ärztliche Versorgung

**Autorin** Siemtje Möller, MdB für den Wahlkreis Friesland, Wilhelmshaven, Wittmund, Wahlkreis 26

Wenn Menschen Hilfe brauchen, wollen sie nicht 45 Minuten mit dem Auto übers Land fahren, um zum nächsten Krankenhaus zu kommen. Leider ist das in vielen ländlichen Regionen schon heute Realität. In meinem Wahlkreis ist beispielsweise zum 1. Januar die Geburtshilfe aufgrund von Personalmangel in einer der noch vorhandenen Kliniken geschlossen worden. Eine dramatische Entwicklung, die aber sehr gut zeigt, wie es um die Gesundheitsversorgung auf dem Land steht.

## Gleichwertige Lebensverhältnisse

Aber nicht nur im Bereich der Krankenhäuser sehen wir im ländlichen Raum eine extreme Unterversorgung. Bereits jetzt fehlt es in vielen Städten und Gemeinden an Hausärzt\*innen. Die noch betriebenen Praxen sind zeitgleich überlastet und können keine neuen Patient\*innen aufnehmen. Der Ärzt\*innenmangel ist dadurch ein allgegenwärtiges Thema.

Auch künftig muss die wohnortnahe ärztliche Versorgung sichergestellt werden. Alle Menschen, aber insbesondere die, die nicht mehr so mobil sind, brauchen Mediziner\*innen vor Ort. Wenn wir dies nicht sicherstellen können, dann werden die Menschen, die auf dem Land zuhause sind, abgehängt. So entfernen wir uns weiter von gleichwertigen Lebensverhältnissen.

Aber wie sollen wir eine solche Versorgung sicherstellen, wenn sich bereits heute immer weniger junge Menschen für die Karriere als Landarzt oder Landärztin entscheiden? Und wie wird die Situation in einigen Jahren sein, wenn immer mehr der noch praktizierenden Ärzt\*innen in den Ruhestand gehen?

## Ländlichen Raum stärken

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung hier in Niedersachsen ist die Schaffung von zusätzlichen Medizinstudienplätzen. Im aktuellen Landeshaushalt wurde bereits die Schaffung von 60 zusätzlichen Medizinstudienplätzen beschlossen. Ein weiterer Ausbau ist ebenso geplant. Und dieser ist dringend notwendig! Die Anregung von Ministerpräsident Stephan Weil zehn Prozent der Medizinstudent\*innen zum Landarzteintritt zu verpflichten findet bisher leider keine Mehrheit in der Koalition. Nichtsdestotrotz müssen wir Wege finden, junge Menschen vom Leben und Arbeiten auf dem Land zu begeistern.

Denn: Eine Quote, wie sie beispielsweise jetzt in Nordrhein-Westfalen eingeführt wurde, ist bei uns noch in weiter Ferne. Und wenn in den kommenden Jahren vermehrt Ärzt\*innen in den Ruhestand gehen, müssen wir jetzt genügend Mediziner\*innen ausbilden, um diesen Engpass so gut wie möglich abzufangen. Denn schon jetzt sind aktuellen Zahlen zufolge bereits hunderte Hausarztstühle nicht besetzt und das eben besonders im ländlichen Raum.

Im Grunde müssen wir jungen Menschen, die sich dafür entscheiden, eine Praxis auf dem Land führen zu wollen, den roten Teppich ausrollen. Leider ist das auf politischer Ebene noch nicht überall angekommen.

Wir müssen jungen Menschen, die sich verpflichten, eine Praxis auf dem Land zu eröffnen, im Gegenzug den Zugang zum Studium erleichtern. Dies ist in meinen Augen ein erster Schritt, den man wagen muss, um das Problem der Gesundheitsversorgung in ländlichen Regionen anzugehen.

## Vorgestellt: MdB Siemtje Möller

Alter: 35

Familienstand: verheiratet, zwei Söhne  
SPD-Mitglied seit 2010



Foto: DBT/Inga Haar

Im Bundestag seit 2017; Ausschüsse: ordentliches Mitglied im Verteidigungsausschuss und im Petitionsausschuss, stellv. Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, der Enquete-Kommission „Künstliche Intelligenz, dem Unterausschuss Vereinte Nationen, internationale Organisationen und Globalisierung sowie im Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung.

Mitglied der AWO, der GEW und bei den Landfrauen

## Ich interessiere mich für Politik und engagiere mich in der Kommunal- und Bundespolitik, weil...

...es mich schon immer beschäftigt und fasziniert hat, was um mich herum passiert und wie man etwas verändern kann. Für mich ist Politik Ausdruck unseres organisierten Zusammenlebens und man muss sich damit einerseits den Fragen und Herausforderungen der jeweiligen Zeit stellen und andererseits umsetzbare, die unterschiedlichen Interessen berücksichtigende Lösungen erarbeiten. Veränderungen kann ich dann vor Ort sehen, beispielsweise macht es einen Unterschied, ob Bund und Land entscheiden, dass Kinderbetreuung besser und kostengünstiger für Eltern sein soll, oder wenn Studiengebühren wieder abgeschafft werden.

## Ich lese gerade die Bücher...

... „Nullzeit“ von Juli Zeh, „Golden Hour“ von Salman Rushdie und von Oskar Negt „Ein Epochengespräch: Kant und Marx“.

## Ich entspanne mich...

... mit Kochen und Musik oder bei einem Deichspaziergang an der frischen Nordseeluft.

## Ich ärgere mich über...

... dumme, unbelehrbare und menschenfeindliche Ansichten und ineffiziente Lösungen, zu große Egos und wenn man als junger Mensch beziehungsweise junge Frau nicht ernst genommen wird.

## Im Urlaub reise ich gerne nach...

...Italien und Frankreich.

## Mein Lieblingsessen ist...

... Snirtjebraten, ein sehr würziges ostfriesisches Fleischgericht! Oder eine gute italienische Lachs-Pasta mit viel Parmesan. Je nach Jahreszeit.

## Dr. Horst Baier will Landrat im Kreis Osnabrück werden

Nachdem die SPD im Landkreis Osnabrück erklärt hatte, keinen eigenen Kandidaten für die Wahl eines Landrates am 26.05.2019 aufzustellen, hat nun Dr. Horst Baier, SPD-Mitglied und Schatzmeister der SGK Niedersachsen, seinen Hut als unabhängiger Kandidat in den Ring geworfen. Horst Baier ist Samtgemeindebürgermeister in Bersenbrück und hatte in der schwarzen Hochburg in 2012 überraschend die Wahl gewonnen. Damals mit Unterstützung eines Bündnisses aus unabhängigen Wählern, SPD und Grünen. Die SPD und Unabhängige Wählergruppen haben auch jetzt ihre Unterstützung erklärt.

Der seit 47 Jahren von CDU-Landräten regierte Landkreis Osnabrück hat über 350.000 Einwohner und 34 Städte, Samtgemeinden und Gemeinden. Baier ist 56 Jahre alt, Volkswirt und hat in der Privatwirtschaft

sowie in den Städten Braunschweig, Salzgitter und Osnabrück vorwiegend im Finanzbereich gearbeitet. Seine politischen Schwerpunktthemen sind ein neuer offener Politikstil, die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, eine engere regionale

Zusammenarbeit und die Erhaltung unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Dies ist vor allem im Landkreis Osnabrück mit seiner intensiven Landwirtschaft und Tierhaltung eine große Herausforderung.



Dr. Horst Baier

Foto: privat

## Kommunalparlamente zeigen AfD-Meldeportal rote Karte



Foto: privat

Der Kreistag des Landkreises Oldenburg zeigte auf Initiative der SPD-Kreistagsfraktion mit der im Dezember verabschiedeten Erklärung „Kreistag vertraut Lehrenden“

Gesicht gegen das Meldeportal der AfD, das auch in Niedersachsen online ist. Im Januar verabschiedete der Kreistag des Landkreises Wolfenbüttel nun eine ähnlich lautende

Erklärung und sprach damit den Lehrenden ebenfalls ihr Vertrauen aus. Wer Interesse an dem Wortlaut der Erklärung hat, kann sich gerne an die SGK Niedersachsen wenden.

Anzeige

**DEMO**  
VORWÄRTS-KOMMUNAL  
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE  
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN  
SIE UNS AUF**  
[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

## MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

## Aus der Beratungspraxis der SGK

### Aufstellung eines parteilosen Kandidaten in der Direktwahl / parteiübergreifender gemeinsamer Kandidat

#### Fragen:

**1.** Wir beabsichtigen, zusammen mit anderen Parteien/Wählergruppen einen gemeinsamen Kandidaten zur Direktwahl aufzustellen.

Wie ist das möglich und was ist zu beachten?

**2.** Alternativ: Wir wollen einen parteilosen Kandidaten nominieren oder unterstützen.

**(1)** Ist es für den Kandidaten besser, als Einzelbewerber anzutreten oder sollte die SPD den Wahlvorschlag einreichen?

**(2)** Sind die Unterstützerunterschriften nur bei einem Einzelbewerber nötig?

**(3)** Unabhängig von der Vorgehensweise, kann der OV ihn auf der Jahreshauptversammlung nominieren?

#### Antworten:

##### Zu Frage 1.

Es gilt Folgendes: Ein gemeinsamer Wahlvorschlag mehrerer Parteien oder Wählergruppen für eine Direktwahl ist unzulässig.

Stattdessen sind drei Möglichkeiten denkbar:

- eine Partei oder Wählergruppe stellt einen Kandidaten/eine Kandidatin auf. Andere rufen zur Wahl dieser Bewerbung auf.
- jemand tritt als Einzelbewerber (EB) an und die anderen Unterstützer (politische Parteien oder Wählergruppen) verzichten auf die Aufstellung eigener Kandidaten, rufen aber zur Wahl des EB auf.
- die politischen Parteien oder Wählergruppen bilden eigens für die

Direktwahl eine Wählergruppe mit einem speziellen Namen.

**Nachweis:** Steinmetz, Kommentar zum Kommunalwahlrecht, 4. Auflage 2016, Kapitel 25.8.5 .  
Literaturempfehlung: SGK-Wahlhandbuch, zu bestellen bei manfed.puehl@spd.de

##### Zu Frage 2.

##### (1 und 2)

Nach § 21 Abs. 7 NKWG muss der Bewerber eines Wahlvorschlags Mitglied der Partei oder parteilos sein. Nach § 21 Abs. 10 sind Parteien wie die SPD bei Wahlvorschlägen von der Beibringung von Unterstützerunterschriften befreit.

Das bedeutet hier konkret:

- Reicht die örtliche SPD einen Wahlvorschlag mit dem parteilosen Bewerber ein, braucht sie keine Unterstützerunterschriften.

• Tritt der Bewerber als Einzelbewerber an und wird von der SPD unterstützt, benötigt er die Unterstützerunterschriften.

**(3)** Soll der Bewerber als Wahlvorschlag der SPD nominiert werden, ist eine förmliche Nominierung nach § 24 NKWG in einer Mitglieder-

oder einer Delegiertenversammlung erforderlich. Entscheidend ist, dass dazu förmlich eingeladen wird, es reicht also nicht ein Beschluss

im Rahmen der

Tagesordnung einer Jahreshauptversammlung.

Soll nur eine politische Unterstützung stattfinden, reicht ein einfacher Beschluss, zum Beispiel im Rahmen der Tagesordnung einer Jahreshauptversammlung.



#### Angebote der SGK Niedersachsen für die politische Arbeit

##### Die Fraktion möchte sich eine Geschäftsordnung geben?

Die SGK Niedersachsen hat eine Muster-Geschäftsordnung erarbeitet, die an die jeweiligen örtlichen Bedürfnisse angepasst werden kann. Praktische Erfahrungen, insbesondere bei Streitigkeiten in der Fraktion, begründen die Empfehlung, eine Geschäftsordnung zu verabschieden.

Zu beziehen bei der SGK-Landesgeschäftsstelle:  
manfred.puehl@spd.de

#### SGK-Beratungsdienst

Anfragen und Auskünfte zu kommunalpolitischen Problemen oder zur Vermittlung von kompetenten Gesprächspartnern:

Dr. Manfred Pühl,  
Stadtdirektor a.D.,  
Fax: (0511) 1674-211,  
Email: manfred-puehl@spd.de,  
Post: SGK Niedersachsen e.V.,  
Landesgeschäftsstelle,  
Odeonstraße 15/16,  
30159 Hannover

### Enquetekommission zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung nimmt Arbeit auf



Die Mitglieder der Enquetekommission sind seitens der SPD Landtagsfraktion: (v. l. n. r.) Dr. Dörte Liebethuth, Dr. Thela Wernstedt, Uwe Schwarz, Claudia Schüßler, Hanna Naber und Oliver Lottke (stellvertretender Vorsitzender der Kommission).

In der dritten Januarwoche konstituierte sich die Enquetekommission zur Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen. Die Kommission soll auf das Jahr 2019 in ihrer Arbeit begrenzt werden, um noch in dieser Legislaturperiode mit der Umsetzung von Lösungsmöglichkeiten zu beginnen. Aufgrund der Dringlichkeit der Thematik tagt das Gremium bis auf Weiteres wöchentlich. Der Kommission gehören 27 Mitglieder an: 15 Mitglieder des Landtags und zwölf Sachverständige. Die kommunalen Spitzenverbände teilen sich zwei stimmberechtigte Sitze.